

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Debatte um den neuen Haushalt im Plenum

MARTINA STAMM-FIBICH:

Koalition erreicht Einigung bei Cannabis-Legalisierung

CARSTEN TRÄGER:

Antisemitismus hat keinen Platz in unserem Land

GABRIELA HEINRICH:

Der Klimaclub: Partnerschaften für den Klimaschutz

JAN PLOBNER:

Das Deutschland-Ticket für Studierende kommt

Debatte um den neuen Haushalt im Plenum

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse wurde die angedachte Finanzierung von Zukunftsinvestitionen in Höhe von 60 Milliarden Euro über die nächsten vier Jahre untersagt. Das bedeutet, dass die Bundesregierung eine neue Finanzierung u.a. für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) finden muss, um den Umbau unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität weiterhin möglich zu machen. Aber auch der Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) ist davon betroffen, aus dem die Strom- und Gaspreisbremse finanziert wird.

Regierungserklärung

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz stellte in seiner Regierungserklärung vom 28. November klar, dass weder bei der Unterstützung der Ukraine, der „Bewältigung der Energiekrise“ noch bei der „Modernisierung des Landes“ nachgelassen werden dürfe. „Es geht für uns alle um viel, es geht um sichere Arbeitsplätze, um eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, es geht um ein gutes Leben für die kommenden Generationen und es geht um unsere Fähigkeit, auch kommende Krisen zu bewältigen“, sagte Scholz.

Das sieht auch die SPD-Bundestagsfraktion so. Mit Blick auf den Haushalt 2024 warb unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich in der Debatte dafür, erneut eine Ausnahme von der Schuldenbremse zu erwirken: „Wenn die Zeiten keine normalen Zeiten sind,



Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner Regierungserklärung zum Haushalt im Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche.
F: Deutscher Bundestag

dann kann es auch keinen normalen Haushalt geben“.

Nachtragshaushaltsgesetz 2023

Diesen Ankündigungen lassen wir Taten folgen. Der erste Schritt zu verfassungskonformen Zukunftsinvestitionen, ist der Nachtragshaushalt 2023. Damit wollen wir insbesondere die Finanzierung der Gas- und Strompreisbremse aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds sowie die Wiederaufbauhilfe für die Betroffenen der Flutkatastrophe von 2021 in Reaktion auf das Urteil rechtlich absichern. Hierfür ist jedoch eine Ausnahme von der Schuldenregel des Grundgesetzes nötig, die wir – wegen der außergewöhnlichen Notsituation durch die humanitären, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine – für gerechtfertigt halten.

Haushalt 2024

Der Haushalt für kommendes Jahr war zwischen den Regierungsfraktionen bereits geeint, aber noch nicht endgültig beschlossen. Der zentrale Streit kreist nun um die Frage, ob für den Haushalt 2024 eine erneute Notlage im Rahmen der Schuldenbremse ausgesprochen wird, was der Bundesregierung mehr Spielraum eröffnen würde.

Folgen für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger ändert sich erstmal gar nichts, auch wenn die CDU/CSU so tut, als ob wir alle ruiniert seien. Hilfen wie BAföG, Wohngeld, Kinderzuschläge usw. werden natürlich weiterhin zuverlässig ausgezahlt. Unser Ziel ist es jetzt, den Haushalt zügig, aber mit der gebotenen Sorgfalt zu beraten, um Planungssicherheit zu schaffen. Daran arbeiten wir.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Koalition erreicht Einigung bei Cannabis-Legalisierung

Änderungen bei Abstandsregeln und härtere Strafen für illegalen Handel. Erleichterungen für Produzenten von Medizinalcannabis geplant.

Laut dem Bundesministerium für Gesundheit haben in Deutschland im letzten Jahr 4,5 Millionen Erwachsene mindestens einmal Cannabis konsumiert. Wenn 8,8 Prozent der Erwachsenen Cannabis konsumieren, obwohl es verboten ist, dann kann die Schlussfolgerung nur lauten: Die jahrzehntelange Verbotspolitik ist gescheitert.

Aus diesem Grund hat sich die Koalition aufgemacht, um Cannabis in Deutschland im zulässigen rechtlichen Rahmen zu legalisieren. In der letzten Woche haben wir uns mit unseren Partnern auch in den letzten strittigen Fragen geeinigt, sodass der Bundestag zeitnah über den Gesetzesentwurf zum Cannabis-Kontrollgesetz (CanG) entscheiden kann. Die letzten Änderungen lauten:

Abstandsregelungen für den Konsum: Statt eines 200-Meter-Abstands zu sensiblen Einrichtungen wie Schulen oder Kindertagesstätten soll nun die Sichtweite als Mindestabstand dienen, jedoch höchstens 100 Meter betragen. Zudem bleibt das Konsumverbot in Fußgängerzonen zwischen sieben und 20 Uhr bestehen.

Es wird eine Toleranzgrenze für Besitzmengen im öffentlichen und privaten Raum eingeführt. Ordnungswidrigkeiten sollen greifen, wenn bestimmte



Mengen überschritten werden, mit Geldstrafen von bis zu 30.000 Euro und einer Mindeststrafe von 10.000 Euro. Grundsätzlich gilt: Der Eigenanbau soll ab dem 1. April 2024 erlaubt sein, während der Anbau in Anbauvereinigungen ab dem 1. Juli 2024 erlaubt wird.

Gleichzeitig schaffen wir neue Regelungen für die Cannabiswirtschaft in Deutschland. Es wird vorgeschlagen, das Ausschreibungsverfahren für den Anbau von Medizinalcannabis abzuschaffen, um die deutsche Cannabiswirtschaft zu stärken und die strukturelle Benachteiligung gegenüber Importen zu beenden.

Härtere Strafen für illegalen Handel: Es werden härtere Strafen für den illegalen Handel mit Cannabis vorge-

schlagen, während Bagatelverstöße weniger stark verfolgt werden sollen. Im Bereich der Anbauvereine werden wir eine Bearbeitungsfrist von drei Monaten für die Zulassung von Anbauvereinen und neue Informationspflichten bezüglich krimineller Verurteilungen von Vertretern solcher Vereine einführen. Für den Verkehr werden wir neue höhere Grenzwerte einführen.

Ich bin mir sicher, dass durch diese Maßnahmen mehr Konsumentenschutz, eine Entkriminalisierung breiter Gesellschaftsschichten, eine Entlastung der Justiz und einen besseren Jugendschutz hinbekommen. Ich bin froh, dass wir mit diesem Gesetz einen jahrelangen Irrweg beenden und eine Cannabispolitik machen, die nicht ideologisch, sondern durch wissenschaftliche Fakten geprägt ist.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Antisemitismus hat keinen Platz in unserem Land

Dass es nach dem Holocaust heute wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, ist nicht selbstverständlich. Es ist für unser Land ein großes Glück. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland gehören zu unserem Land und es ist unsere Aufgabe, sie zu schützen. Deshalb treten wir dem nach wie vor existierenden Antisemitismus entschieden entgegen.

Die Ereignisse in Israel und Gaza seit dem 7. Oktober haben uns alle erschüttert. Ganz besonders betroffen macht mich jedoch, welche Folgen sie direkt und indirekt für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier in Deutschland hatten und haben. Zur Sorge um das Schicksal von Familienmitgliedern und Freunden im Nahen Osten kommen Anfeindungen und Angriffe hier in unserem Land bis hin zu abscheulichen Vorfällen in Grundschulen, die vielen Jüdinnen und Juden Angst machen und sie zu einem Rückzug aus der Öffentlichkeit gezwungen haben.

Das muss für uns alle Anlass sein, zu handeln. Dass es nach den furchtbaren Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands und der Ermordung von Millionen Menschen jüdischen Glaubens heute wieder große jüdische Gemeinden in unserem Land gibt, ist ein Geschenk, das unsere Gesellschaft bereichert.

Seit Jahren steigt die Zahl antisemitischer Vorfälle und Straftaten in unserem Land wieder. Es kann und darf nicht sein, dass Jüdinnen und Juden sich hier heute aus Angst um ihre Sicherheit und die ihrer Familie nicht mehr in der Öffentlichkeit zu erkennen geben, ihre Kinder auf dem Weg in die Schu-



le geschützt werden müssen. Es ist unsere Aufgabe, dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten und ihre Sicherheit zu garantieren. Olaf Scholz hat Recht, wenn er sagt: „Wer Juden in Deutschland angreift, greift uns alle an.“

Die Bundesregierung hat vor einem Jahr eine Nationale Strategie der Bundesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben beschlossen. Sie enthält nicht nur Zielvorgaben und Arbeitsaufträge für die Bundesregierung. Sie kann vielmehr von vielen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen bei ihrer praktischen Arbeit genutzt werden, z.B. für die Gestaltung und Überprüfung von Programmen und Maßnahmen gegen Antisemitismus und für die Stärkung jüdischen Lebens. Dabei geht es vor allem um Prävention und Unterstützung.

Aber jede und jeder, der Juden angreift,

muss auch mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates rechnen. Und wer unsere Freiheitsrechte missbraucht, um unmenschliche Straftaten und Hass zu propagieren, kann sich nicht auf den Schutz der Meinungsfreiheit berufen. Wir müssen Antisemitismus in jeder Form entgegenzutreten, islamistischem Antisemitismus ebenso wie dem verfestigten Antisemitismus, den es leider seit langem in Deutschland gibt. Über 80 % der antisemitischen Taten sind laut Bundesinnenministerium der politisch rechts motivierten Kriminalität zuzurechnen. Wir haben klare Gesetze: Es ist strafbar, israelische Fahnen zu verbrennen. Es ist strafbar, den Tod von Unschuldigen zu bejubeln. Es ist strafbar, antisemitische Parolen zu brüllen. Die Strafverfolgungsbehörden werden solche Verstöße ahnden.

Die Bayerische Landesvertretung hat diese Woche das wunderbare Projekt „Mit Davidstern und Lederhose“ in Berlin präsentiert. Levi Strauss, der Hopfenhandel, das rote Höhenvieh, Kurt Landauer beim FC Bayern – sie sind nur wenige Beispiele für viele Erfolgsgeschichten von jüdischem Leben in Bayern und Franken. Jüdisches Leben ist ein Schatz für unser Land. Wir werden es verteidigen.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela



Der Klimaclub: Partnerschaften für den Klimaschutz

Deutschland engagiert sich auf der Welt, um das Klima zu schützen. Und muss sich engagieren, denn vieles hängt vom internationalen Klimaschutz ab.

Die Staaten der Welt kommen seit vergangenem Donnerstag zur 28. Weltklimakonferenz in Dubai zusammen („COP28“). Gleich zu Anfang hat unsere Entwicklungsministerin Svenja Schulze zusammen mit dem Sultan von Dubai 200 Millionen US-Dollar (183 Millionen Euro) aus Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten für den Ausgleich von Klimaschäden in besonders verwundbaren Staaten zugesagt.

Und die Bundesregierung hat während der COP28 den Startschuss für den „Klimaclub“ gegeben. Olaf Scholz hatte einen solchen angeregt:

33 Mitgliedsländer wollen so Entwicklungsländer beim Umstieg auf umweltfreundliche Technologien unterstützen.

In diesem Jahr wollen die Industriestaaten erstmals ihre Zusage einlösen, den ärmeren Staaten jährlich 100 Milliarden Euro für den Kampf gegen den Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Das ist nur gerecht! Die Geberländer haben einen wesentlichen Anteil am menschengemachten Klimawandel, die Nehmerländer aber kaum. Letztere können also wenig dafür, sind aber durch den Klimawandel großen Risiken ausgesetzt (Dürren, Überschwemmungen, Nahrungsmittelknappheit, Wassermangel).

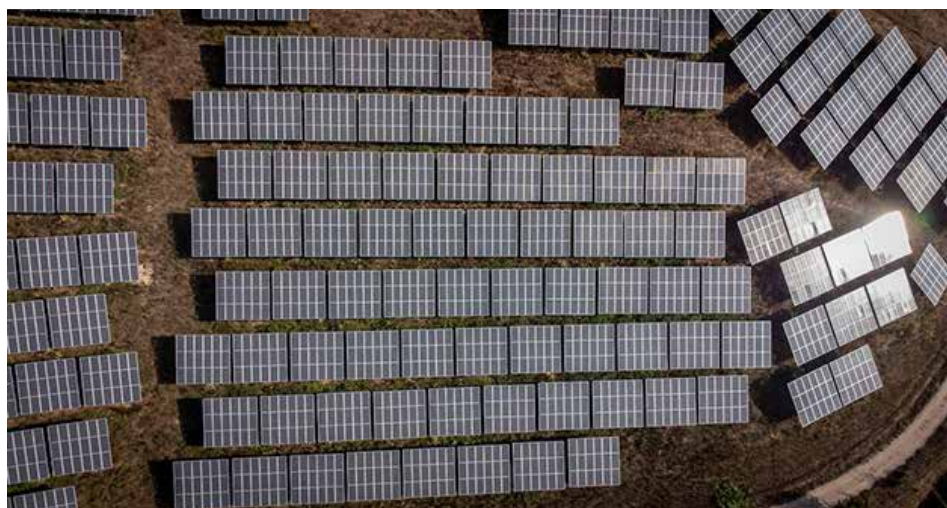
Deutschland handelt. Olaf Scholz hatte versprochen, bis 2025 jährlich sechs Milliarden Euro für die internationale

Klimafinanzierung zu verwenden. Das erfüllen wir vorzeitig. Und auch wenn wir – Stichwort Bundeshaushalt und Schuldenbremse – derzeit vor immensen Herausforderungen stehen, dürfen wir nicht nachlassen. Viele Staaten des Globalen Südens haben ein erhebliches Wachstum erst noch vor sich.

Jetzt entscheidet sich, mit welcher Energie die Länder wachsen werden. Mit Klima- und Energiepartnerschaften helfen wir dabei, dass erneuerbare Energie auch im Globalen Süden entsteht. Wir beteiligen uns zudem mit Partnern an sogenannten „Just Energy Transition Partnerships“. Mit den USA, Frankreich und anderen unterstützen wir so zum Beispiel eine Energiewende in Vietnam.

Die Klimakrise wird derzeit durch die Ukraine und den Nahen Osten etwas überlagert. Aber dennoch dürfen wir nicht vergessen: Internationale Klimapolitik kann dabei helfen, Konflikte von morgen gar nicht erst entstehen zu lassen. Verteilungskämpfe um knapper werdende Ressourcen, Flucht und Migration vor Klima-Extremen. Wir wollen eine gerechte Welt und wünschen uns eine friedliche Zukunft. Also müssen wir Perspektivlosigkeit, Hunger und Armut etwas entgegensetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Positionspapier verabschiedet. Man kann es [hier](#) anschauen.



Deutschland nimmt bei der Weltklimakonferenz eine bedeutende Rolle ein und hat die Idee für einen Klimaclub mit angeregt. Das Tempo bei den Erneuerbaren Energien muss steigen.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5



Das Deutschlandticket für Studierende kommt

Am Montag, den 27.11.2023, haben sich Bund und Länder auf ein Semester-Deutschlandticket für Studierende geeinigt. Der Preis für das Deutschlandticket im Vollsolidarmodell ist bundesweit einheitlich und beträgt 60 Prozent des Regelpreises, also aktuell 29,40 Euro im Monat.

Das Deutschlandticket hat sich mit seinen rund elf Millionen Nutzer*innen als großer Erfolg herausgestellt. Für die Weiterführung des Tickets machen wir uns als Sozialdemokrat*innen stark. Neben Finanzierungsfragen gab es allerdings auch Diskussionsbedarf bei den Regelungen für Studierende. Seit der Einführung des Deutschlandtickets haben etliche Studierendenschaften ihre Semesterticketverträge aufgekündigt. Durch den nur geringen Mehrkostenaufwand des Deutschlandtickets bei gleichzeitig größerem Angebot, gab es rechtliche Zweifel an dem Solidarmodell der regionalen Semestertickets. Bei bundesweit ungefähr drei Millionen Studierenden, von denen etwa ein Drittel armutsgefährdet ist, ist ein bezahlbares ÖPNV-Ticket unbedingt geboten.

Dank der gemeinsamen Entscheidung von Bund und Ländern innerhalb des Koordinierungsrats zur Umsetzung des Deutschlandtickets können ab dem Sommersemester 2024 die Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbände und Landestariforganisationen mit Hochschulen, Studierendenwerken oder Studierendenvertretungen Ver-



Zum Sommersemester 2024 startet das Ticket für Studierende. Foto: Markus Spiske

einbarungen über ein Semesterticket mit der Gültigkeit des Deutschlandtickets treffen. Damit kriegen Studierende wieder eine Fahrkarte im Vollsolidarmodell, welches bundesweit einheitlich ist und mit seinen monatlich 29,40 Euro preislich eine echte Entlastung bietet.

Ein Ticket im Solidarmodell bedeutet, dass alle Studierenden mitwirken, ein bezahlbares ÖPNV-Ticket zu finanzieren. Dafür hat sich die SPD im Bund und in den Ländern eingesetzt. Es ist ein großer Erfolg für die vielen Student*innen, der den Weg freimacht für eine Ausweitung der Zahl der regelmäßigen Abonnent*innen. Und das ohne nennenswerte Mehrkosten für

Bund und Länder zu erzeugen.

Jetzt gilt es, den Preis des Deutschlandtickets bei 49 Euro zu sichern.

Allerdings können wir uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Bund und Länder beraten weiterhin über die Fortsetzung des Deutschlandtickets und dessen preisliche Ausgestaltung. Hier steht aktuell eine Anhebung in der Preisspanne von 54 bis 59 Euro im Raum. Für die SPD-Bundestagsfraktion war schon vor der Einigung zum Deutschlandticket für Studierende klar, dass eine Erhöhung des Preises von 49 Euro ausgeschlossen ist.

Eine Erhöhung würde nicht nur an den Geldbeutel der Bürger*innen gehen, sondern auch finanziell wenig Sinn machen: Sollte das Ticket teurer werden, wird es weniger Nutzer*innen geben. Dann müsste der Staat mehr nachschießen und langfristig würde eine Preisspirale entstehen, bis das Ticket totgespart wurde. Mit der Koppelung des Solidarmodells an 60 Prozent des regulären Preises ist das 49-Euro-Ticket nun doppelt gefragt: Würden wir das Ticket auf 59 Euro anheben, wäre - wie aktuell die Semestertickets - im Mai dann das Deutschlandticket für Studierende im Vollsolidarmodell möglicherweise nicht mehr umsetzbar. Man sieht, wir brauchen langfristige Finanzierungssicherheit, sonst müssen wir jedes Jahr aufs Neue über das Thema diskutieren.